BESCHLUSS

Endlich bedarfsgerechte Psychotherapie!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	15.10.2022
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Die vielfältigen Krisen unserer Zeit fordern uns in vielerlei Hinsicht, aber vor allem auch mit Blick auf eine ihrer Auswirkungen: die psychische Gesundheit der Bevölkerung leidet enorm unter der von ihnen ausgelösten Dauerbelastung! Egal ob jung oder alt, der Bedarf nach psychotherapeutischer Hilfe steigt stetig. Aber das Problem ist in keinster Weise neu: Der Mangel an Kassensitzen für Psychotherapeut*innen ist seit Jahren ein Problem und wir müssen endlich handeln! Die WHO Special Initiative for Mental Health läuft nur noch bis 2023. Auch deshalb sollte sich Deutschland als größter staatlicher WHO-Support seiner Rolle im Bereich der psychischen Gesundheit bewusst sein.

Es ist wichtig gewesen, dass wir uns dieses Thema ins Wahlprogramm geschrieben und es auch so weit gebracht haben, dass es im Koalitionsvertrag steht, aber bisher wirkliches passiert ist wenig. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: nach einem Bericht der Deutschen Psychotherapeuten Vereinigung ist die Menge der Anfragen von Januar 2020 bis Januar 2021 um ca. 40% gestiegen.

Wir fordern:

- eine deutliche Erhöhung der Anzahl der verfügbaren Kassensitze für Psychotherapeut*innen, denn der Bedarf an mehr Psychotherapieplätzen ist seit Jahrzenten gegeben und hat sich über die letzten Jahre weiter zugespitzt.

- wer in Not ist, muss passgenaue Hilfe finden. Darum braucht es ein Bündel an Maßnahmen, um Menschen in seelischen Krisen und mit psychischer Erkrankung schnell die Behandlung zu bieten, die sie brauchen. Hierfür müssen bessere und niedrigschwellige Zugänge geschaffen werden. Bestehende Hilfsangebote müssen, insbesondere für die schwer und chronisch psychisch kranken Menschen, stärker vernetzt werden. Für Menschen in akuten Krisen müssen die psychiatrischen Krisendienste schnell und flächendeckend ausgebaut werden.

- die Zugänglichkeit von Psychotherapiestunden für Geflüchtete deutlich zu verbessern und Therapieplätze in verschiedenen Sprachen anzubieten. Insbesondere Menschen die aus Kriegsgebieten geflohen sind leiden häufig unter Kriegs- und/oder Fluchttraumata bei deren Bewältigung sie Unterstützung benötigen.

- die Anpassung der Maximalstunden für Psychotherapie an den individuellen Bedarf der Patient*innen und eine Ausweitung der Akutbehandlung.

- die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen weiter konsequent und unter Nutzung verschiedener Kommunikationskanäle voranzutreiben. Insbesondere den Ausbau der entsprechenden Bildungsarbeit sehen wir als einen wichtigen Teilaspekt bei der

Erreichung dieses Ziels. So gilt es speziell Lehrkräfte entsprechend weiterzubilden um sie zu befähigen im Rahmen des schulischen Unterrichts an der Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen mitzuwirken.

- angemessene finanzielle Rahmenbedingungen für Psychotherapeut*innen in Ausbildung und
  Weiterbildung für eine nachhaltige Nachwuchsförderung.

Unser Ziel muss es sein, dass psychischen Beschwerden genauso wenig ein gesellschaftliches Stigma anhängt als dies bei körperlichen Leiden der Fall ist und dass ein Besuch beim Psychotherapeuten bei psychischen Beschwerden genauso akzeptiert ist wie der Besuch der/des Hausärtzt:in bei physischen Leiden. Entsprechend kann es auch nicht Sein, dass Menschen die in der Vergangenheit eine psychotherapeutische Behandlung durchlaufen deswegen Nachteile in ihrem weiterem beruflichen Werdegang entstehen, bspw. wenn sie zu einem späterem Zeitpunkt eine Verbeamtung anstreben sollten.